



Pressemitteilung

Projekt „Bürgerarbeit“ – Gespräch mit Andreas Harder, Geschäftsführer Diakonisches Werk Hochrhein

Bereits im Juni beantwortete die Bundestagsabgeordnete Gabriele Schmidt (CDU) schriftlich Fragen der Diakonie Hochrhein zum Projekt „Bürgerarbeit“. Das mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Bundesprogramm läuft Ende 2014 aus. Das persönliche Gespräch mit dem Geschäftsführer Andreas Harder nutzte die Abgeordnete, um die Problematik zu vertiefen. Das vorrangige Ziel des Projekts ist es, arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige dabei zu unterstützen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Momentan gibt es im Familienzentrum Hochrhein fünf Bürgerarbeitsplätze. Geschäftsführer Andreas Harder äußerte gegenüber der Abgeordneten die Sorge, dass mit dem Auslaufen des Projekts die Beschäftigten wieder ohne Job da stehen würden. Das Ziel, eine Festanstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen, wurde verfehlt. Trotzdem hätten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den letzten drei Jahren hervorragend entwickelt und es sei aus Sicht von Andreas Harder bedauerlich, dass es nun vorbei sein soll. Die Abgeordnete teilt die Bedenken und findet es ebenfalls bedauerlich, dass das Projekt ausläuft, welches jedoch von vornherein auf eine begrenzte Dauer angelegt war. Das BMAS konzeptioniert vor diesem Hintergrund, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, für die neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds ein Sonderprogramm für langzeitarbeitslose Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher des SGB II ohne bzw. ohne verwertbaren Berufsabschluss. Diese Menschen, die bislang weit vom Arbeitsmarkt entfernt waren, sollen mit besonderer Förderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden. Die Jobcenter sind nun gefordert, sich verstärkt darum zu bemühen, die Menschen, die im Rahmen der „Bürgerarbeit“ über einen längeren Zeitraum wertvolle Arbeitserfahrungen sammeln konnten, möglichst in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Hierfür stehen den Jobcentern grundsätzlich alle bekannten Instrumente zur Eingliederung zur Verfügung. Gabriele Schmidt versprach, Informationen, sobald diese vorliegen, zum geplanten Sonderprogramm zu liefern. Weitere Themen waren die Inklusion und die Ausbildung in der Diakonie.

11.08.2014

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-74899; Fax: +49 30 227-76899